

<b>Bericht</b>	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Detlef Jansen 563 4373 563 8032 detlef.jansen@stadt.wuppertal.de
	Datum:	21.01.2009
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0068/09</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>24.03.2009</b>	<b>Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Abschließender Bericht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006/2007</b>		

### Grund der Vorlage

Forderung der Kommunalaufsicht

### Beschlussvorschlag

Der Bericht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006/2007 wird ohne Beschluss entgegen genommen.

### Unterschrift

Dr. Slawig

### Begründung

Der Rat der Stadt hat am 19.12.2005 bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2006/2007 das Haushaltssicherungskonzept 2006/2007 (Drucksache 1519/05) beschlossen.

Nachdem der Kommunalaufsicht zwei Zwischenberichte vorgelegt worden sind, soll jetzt abschließend über die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes und die dabei erreichten Verbesserungen berichtet werden. Einige Maßnahmen sollen auch im nächsten Haushaltssicherungskonzept aufgegriffen werden, die Berichterstattung wird dann aber zu diesem neuen Haushaltssicherungskonzept erfolgen.

Zusammengefasst ergeben sich für die Jahre 2007 bis 2012 Verbesserungen von insgesamt rd. 33,6 Mio. Euro. Das Jahr 2012, zu dem alle Maßnahmen mit vollem Ertrag laufen sollen, wird um rd. 7,1 Mio. Euro entlastet. Die Verteilung der Verbesserungen auf die einzelnen Jahre ist aus der beigefügten **Anlage 2** ersichtlich.

Lfd. Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Ertrag <sup>1)</sup> Euro
1	<b>Reduzierung der Personalkosten durch Fluktuation</b>	<p>In Drucksache 675/08 "Weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung" wird unter Punkt 2.2 die Entwicklung des Personalbestandes ab Januar 2001 dargestellt. Unter Berücksichtigung der Ausgliederung der Volkshochschule in den Zweckverband Bergische Volkshochschule – 86 Vollzeitkräfte – sowie der Übernahme von Beamten des Landes (Versorgungsamt und Immissionsschutz) – 6 Vollzeitkräfte – ergeben sich ab 2006 folgende bereinigte Zahlen:</p> <p>Januar 2006 = 3.914 Vollzeitkräfte  Januar 2007 = 3.875 Vollzeitkräfte  Januar 2008 = 3.889 Vollzeitkräfte</p> <p>Die Vorgabe, jährlich 1 Mio. € einzusparen, bedingt bei einem Durchschnittswert von 42.000 Euro/Stelle den Abbau von rd. 24 Stellen.</p> <p>Mit einem Abbau von 39 Stellen konnte diese Vorgabe für 2006 übertroffen werden. Weil in größerem Umfang ausgebildete Kräfte (darunter 15 für die Feuerwehr) übernommen wurden, konnte bei einem Zuwachs von 14 Stellen das Ziel in 2007 nicht erreicht werden.</p> <p>Durch Zielvereinbarungen mit den Leistungseinheiten wurde der Abbau weiterer 44 Vollzeitkräfte in die Wege geleitet, was einem Einsparvolumen von 1.848.000 € entspricht. Weitere Einsparungen haben sich durch die verzögerte Wiederbesetzung frei gewordener Stellen ergeben.</p> <p>Die auch für die Folgejahre unumgänglichen Einsparungen bei den Personalausgaben werden – wie in Drucksache 675/08 beschrieben – zentrales Thema des nächsten Haushaltssicherungskonzeptes.</p>	<p>1.050.000  <u>1.848.000</u>  2.898.000</p>

2	<b>Keine Wiedereröffnung des Kurbades</b>	<b>Die Maßnahme wurde umgesetzt.</b> Das Gebäude wurde verkauft; wodurch ein Unternehmen mit 28 Arbeitsplätzen in Wuppertal angesiedelt werden konnte. Die weitere Nutzung hätte bei einer fünfjährigen Betriebsgarantie Instandsetzungskosten von 670.000 € erfordert; eine zur Bestandssicherung nötige Grundsanierung hätte zwischen drei und vier Mio. Euro gekostet. Durch die Schließung können jährlich Sachkosten (hauptsächlich Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement sowie der Beitrag an den Wupperverband) im Umfang von rd. 274.000 € eingespart werden. Dabei sind Mindereinnahmen von jährlich 70.000 € eingerechnet. Außerdem kann auch auf Personalbedarf im Umfang von rd. 340.000 Euro/Jahr verzichtet werden. Die Einsparungen bei den Personalausgaben sind Bestandteil der Maßnahme 1.	Laufend 274.000
3	<b>Ausweitung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung</b>	<b>Die Maßnahme wurde 2006 und 2007 umgesetzt.</b> Der Überschuss der Einnahmen über die laufenden Ausgaben konnte gesteigert werden von rd. 1,1 Mio. € in 2006 auf rd. 1,6 Mio. € in 2007. In der Haushaltsplanung erfolgt eine weitere Steigerung auf rd. 1,9 Mio. € p.a..	800.000
4	<b>Erarbeitung Schulentwicklungsplanung für Sekundärstufen I u. II</b>	Gemäß der beigefügten Drucksache Nr. VO/0204/08 hat der Rat am 5. Mai 2008 beschlossen, <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Hauptschulen Berghauser Straße (in Cronenberg) und Rödiger Straße (Barmen) ab dem Schuljahr 2009/ 2010 auslaufend aufzulösen und die Gebäude <b>spätestens Mitte 2014 aus der schulischen Nutzung zu entlassen</b></li> <li>• die weitere Entwicklung der Hauptschulen zu beobachten, um ggfs. eine oder beide Zweigstellen der Hauptschulen Emilienstr. und Gertrudenstr. aufzulösen</li> <li>• und auch die Entwicklung in den anderen Schulformen insbesondere hinsichtlich der Schülerzahl-Entwicklung zu beobachten.</li> </ul> <p>Mit der vorgesehenen Schließung von mindestens 2 Hauptschulen ergibt sich im Ergebnisplan künftig Minderaufwand für Miete und Betriebskosten (ohne Hausmeister-Dienstleistungen) in einem Umfang von rd. 352.000 € (Berghauser Str.) und 330.000 € (Rödiger Str.).</p>	Keine laufenden Einsparungen im derzeit bis 2012 laufenden Finanzplanungszeitraum. Beim Eigenbetrieb Gebäudemanagement fallen für diese beiden Schulen Bauunterhaltungsmittel nicht an, die für andere Zwecke eingesetzt werden müssen.  Einsparungen werden beim nächsten Doppelhaushalt mit der bis 2014 vorzunehmenden Finanzplanung berücksichtigt.

		<p>Daneben ist zu berücksichtigen, dass bei einem Weiterbetrieb der Schulen mittel- bis langfristig erhebliche Mittel des Gebäudemanagements für die bauliche Unterhaltung bzw. Herrichtung der Gebäude aufzuwenden wären.</p> <p>Mit dem Grundsatzbeschluss des Rates zur Erweiterung der Zügigkeit an den Gesamtschulen in Vohwinkel (um 2 Züge) und Langerfeld (um 1 Zug) vom 10.11.2008 soll dem Anmeldeverhalten der Eltern Rechnung getragen werden. Mittelfristig (ab 2013) wird dieses zusätzliche Angebot im Gesamtschulbereich zu weiteren Schließungen bei den sonstigen Schulformen führen (müssen).</p>	
5	<b>Einrichtung eines ServiceCenters</b>	<p><b>Die Maßnahme ist umgesetzt.</b></p> <p>Das ServiceCenter der Stadt Wuppertal hat planmäßig am 01.02.2008 den Betrieb aufgenommen. Bereits nach rd. 9 Monaten störungsfreiem Betrieb haben die dezentralen Leistungseinheiten für die Bearbeitung und Beantwortung von Anliegen der Bürger/-innen im ServiceCenter rd. 1.800 Produkte und Dienstleistungen in der Wissensdatenbank zur Verfügung gestellt. Diese Datenbank wird in den nächsten Jahren weiter auf- und ausgebaut. Alle Stellen im Service Center sind in der Refinanzierung gemäß der gemessenen Inanspruchnahme auf die Ressorts und Stadtbetriebe verteilt worden. Die ersten vier der insgesamt acht unter dem Strich einzusparenden Stellen wurden im Doppelhaushalt 2008/2009 nach dem vorgenannten Verteilschlüssel (gemessene Inanspruchnahme) auf die Ressorts/ Stadtbetriebe verteilt. Die weiteren einzusparenden vier Stellen werden gemäß Beschlusslage unter Anwendung neuer Inanspruchnahmemessungen im Doppelhaushalt 2010/2011 auf die R/SB verteilt und abgezogen. Die Einsparungen bei den Personalausgaben sind Bestandteil der Maßnahme 1.</p>	
6	<b>Zentralisierung/ Standardisierung interner IT</b>	<p><b>Die Maßnahme ist umgesetzt.</b></p> <p>Durch die Zentralisierung und Standardisierung der IT wurde von Anfang 2006 bis heute die Einsparung von drei Stellen (entspricht ca. 126.000 €) realisiert. Diese Einsparungen sind Bestandteil der Maßnahme 1.</p> <p>Darüber hinaus wäre ohne die Maßnahmen die Ausweitung von insgesamt sechs Stellen (entspricht ca. 252.000 €) notwendig geworden, um die vorhandenen Geräte ordnungsgemäß zu warten.</p>	252.000

		<p>Sachkosteneinsparungen sind erst mittelfristig zu erzielen.</p> <p>Auch wenn die Maßnahme damit abgeschlossen ist, bleiben Zentralisierung und Standardisierung der IT weiterhin Ziele zu weiteren Einsparungen.</p>	
7	<b>Prozessoptimierung etc. (eProcurement, Zentraleinkauf, e-Vergabe)</b>	<p><b>Die Maßnahme ist abgeschlossen.</b></p> <p>Das Teilprojekt <b>e-Vergabe</b> führte zu Prozesskosteneinsparungen von jährlich rd. 343.000 €. Die Verbesserungen ergeben sich hauptsächlich durch Personalkosteneinsparungen bei dem Eigenbetrieb Gebäudemanagement und führen zu höheren Gewinnabführungen dieses Eigenbetriebs.</p> <p>Bei dem Teilprojekt <b>e-Beschaffung</b> ist mit Hilfe der elektronischen Warenkataloge und der abgeschlossenen Rahmenverträge eine deutliche Sachkosteneinsparung eingetreten. Die Ansätze für Sachkosten konnten dauerhaft um jährlich 325.000 € gekürzt werden.</p>	<p>343.000</p> <p><u>325.000</u></p> <p><u>668.000</u></p>
8	<b>Effizienzsteigerung bei Förderung freier Träger</b>	<b>Die Maßnahme ist noch nicht umgesetzt und wird Thema für das nächste Haushaltssicherungskonzept.</b>	0
9	<b>Zuschuss-Deckelung bei städtischen Gesellschaften</b>	<p>Zur Entwicklung der Zuschüsse an städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe wird auf die beigefügte Anlage 1 verwiesen, aus der hervor geht, dass die Zuschüsse weitgehend „eingefroren“ sind. Besonderheiten sind in der Tabelle erläutert. <b>Die Maßnahme ist damit umgesetzt.</b></p> <p>Zum Ertrag der Maßnahme kann man nur eine fiktive Rechnung aufmachen. Der größte Teil der Betriebskostenzuschüsse dient zur Deckung von Personal- und Sachausgaben. Wenn man hier ab 2006 eine jährliche Steigerung von 2 v.H. unterstellt, ergeben sich durch das Einfrieren Einsparungen von rd.</p> <p>329.000 Euro in 2007,  1.033.000 Euro in 2008,  1.353.000 Euro in 2009,  1.700.000 Euro in 2010,  2.024.000 Euro in 2011 und  2.311.000 Euro in 2012.</p> <p>Die Ermittlung dieser Beträge ist ebenfalls aus der beigefügten <b>Anlage 1</b> ersichtlich.</p>	2.311.000

10	<b>Senkung des Zuschussbedarfs für den ÖPNV</b>	Auch aufgrund der Vorgaben zum Haushaltssicherungskonzept werden sich die Verluste aus dem ÖPNV gegenüber dem Ergebnis 2007 von 52,2 Mio. € reduzieren in 2008 auf rd. 48,0 Mio. Euro, 2009 auf rd. 50,0 Mio. Euro und 2010 auf rd. 48,8 Mio. Euro.  Weitere Prognosen liegen z.Zt. nicht vor.	Die Verbesserungen führen nicht zu einer Entlastung des städtischen Haushalts, weil die Verluste aus dem ÖPNV im Querverbund finanziert und deshalb nicht vom städtischen Haushalt getragen werden müssen.
11	<b>Reduzierung Flächenbedarf / Verkauf städt. Grundstücke und Gebäude</b>	Seit dem letzten Bericht, in dem dargelegt wurde, dass der städtische Flächenbedarf im Jahr 2007 weiterhin zurückgeführt wurde, haben sich keine Veränderungen ergeben. Im Bericht der GPA werden die Bemühungen wie folgt bestätigt: „Die Stadt Wuppertal positioniert sich mit dem Flächenverbrauch je Verwaltungsmitarbeiter in dem Segment mit den niedrigsten Werten. Der von der Stadt Wuppertal erreichte Wert stellt zur Zeit den zweitniedrigsten Wert dar.“  Durch geplante Abmietungen im Jahre 2009 wird sich die Flächenreduktion fortsetzen. Voraussichtlich können hierdurch jährliche Mietkosten in Höhe von ca. 170.000 € eingespart werden.  <b>Die Maßnahme aus dem HSK 2006/2007 ist damit umgesetzt.</b>  Darüber hinaus wird sich ab 2009 ein Projektteam „Flächenmanagement“ mit weiteren Möglichkeiten einer Flächenreduzierung und effizienten Flächennutzung beschäftigen (neues HSK).	170.000
	<b>lfd. Verbesserungen zus.</b>		<b>7.121.000</b>

- 1) Die Einsparungen bei den Personalaufwendungen sind in Maßnahme 1 zusammengefasst. Ab Maßnahme 2 handelt es sich nur um Einsparungen bei den Sachmitteln bzw. Mehreinnahmen. Bei den laufenden Verbesserungen sind die Verbesserungen aufgeführt, die sich für 2012 ergeben.

## Anlagen

- Anlage 01 – Betriebskostenzuschüsse  
Anlage 02 – Übersicht laufende Verbesserungen